

Predigtanregung für den 29. Sonntag im Jahreskreis, Lesejahr A (Mt 22,15–21)

Liebe Schwestern und Brüder,
auf die Frage, ob man denn als gläubiger Jude dem Kaiser Steuern zahlen dürfe, antwortet Jesus: „Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“ Er trifft hier eine Unterscheidung zwischen dem Bereich der Politik und dem der Religion. Gott, so sagt uns Jesus, konkurriert nicht mit weltlichen Machthabern – weder mit einem Kaiser noch mit einer anderen Art von Regierung. Göttliche Macht und weltliche Macht operieren nicht auf derselben Ebene und folgen einer jeweils anderen Logik.

In unserer säkularen Gesellschaft scheint die Unterscheidung zwischen Politik und Religion selbstverständlich, wird aber heute nicht selten missverstanden. Zunehmend hört man, dass Politik und Religion streng voneinander getrennt werden müssten. Und auch umgekehrt wird gefordert, die Kirche solle sich mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, anstatt in politischen Debatten öffentlich Position zu beziehen. Der Religion – so die Behauptung – tue es nicht gut, wenn sie politisch werde, und genauso schade es letztlich der Politik, wenn sie sich in religiöse Fragen einmische.

Eine derart scharfe Trennung von Politik und Religion lässt sich aber in Wirklichkeit nicht durchhalten und sie widerspricht unserem christlichen Glauben. Zum einen darf nicht übersehen werden, dass Religion in vielen Regionen der Welt ein entscheidender politischer Faktor ist. Zum anderen – und das ist noch wichtiger – lässt sich unser Glaube nicht auf einen apolitischen Kern reduzieren. Als Katholikinnen und Katholiken sind wir durch das Gebot der Nächstenliebe aufgerufen, uns für andere Menschen einzusetzen und denen zu helfen, die Not leiden. Auch Papst Franziskus betont, dass zur Nächstenliebe nicht nur Akte der direkten Hilfeleistung gehören, sondern auch das, „was man [...] zur Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen“ tut (Fratelli tutti, Nr. 186).

Heute feiern wir den Sonntag der Weltmission und blicken besonders auf die Situation der Christinnen und Christen im Libanon und in Syrien. Gerade der Blick auf den Libanon zeigt uns ganz konkret, worüber wir gerade abstrakt gesprochen haben: Religion und Politik sind, obwohl an sich verschiedene Bereiche, eng miteinander verwoben.

Im Libanon ist Religion ein realer politischer Faktor. Lange Zeit gab es in dem Land keine Mehrheitsreligion – eine Besonderheit unter den Staaten des Nahen Ostens! Maronitische Christen, Schiiten und Sunniten waren zu gleichen Teilen in der libanesischen Bevölkerung vertreten. Das politische System des Libanon sollte daher einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Religionsgruppen bewirken. Man meinte, nur so sei ein friedliches Zusammenleben aller möglich. Noch heute ist jedes der höchsten Staatsämter einer der großen Religionsgruppen im

Land zugeordnet: Das Staatsoberhaupt muss laut Verfassung ein maronitischer Christ, der Parlamentspräsident schiitischer Muslim, der Regierungschef sunnitischer Muslim sein. Jede der verschiedenen Religionsgruppen soll gleichberechtigt an der Regierung beteiligt sein. Was wie eine gute Form politischer Kooperation der verschiedenen Konfessionen und Religionen aussieht, ist derzeit bei näherer Betrachtung jedoch auch Ausdruck eines grundsätzlichen Misstrauens gegenüber den Mitgliedern anderer Konfessionen oder Religionen. Die schwere Krise, in der sich der Libanon heute durch Korruption und Misswirtschaft befindet, ist auch eine Folge dieses politischen Systems. Beim Zusammenspiel von Politik und Religion kann es deshalb nicht nur um Proporz und Posten gehen, sondern zuerst um ein Handeln, das am Wohl der Gemeinschaft ausgerichtet ist.

Während der Staat seine Bürgerinnen und Bürger inzwischen kaum noch mit dem Nötigsten versorgt, ist es die Zivilgesellschaft, sind es besonders die Kirchen im Land, die sich für das Wohl aller einsetzen: Sie betreiben Schulen, soziale Einrichtungen, Krankenhäuser und organisieren Hilfsangebote. Es sind der Glaube an Jesus Christus und sein Vorbild, die Frauen und Männer motivieren, sich trotz der eigenen schwierigen Situation für andere einzusetzen.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die schwere Explosion im Hafen von Beirut im August 2020, die große Teile der Stadt zerstörte. Dabei verloren viele Menschen nahezu alles, was sie besaßen. In dieser Situation waren es die Menschen der Gemeinde St. Maron im Herzen Beiruts, die nicht nur den Wiederaufbau ihrer Kirche stemmten, sondern auch ihr zerstörtes Stadtviertel neu entdeckten. Wo braucht es Hilfe, wer kann etwas einbringen, wie können wir Not lindern? Die Gemeinde konnte so eine unglaubliche Hilfsbereitschaft entfesseln, die die Nachbarschaft rund um die Kirche solidarisierte. Besonders den Alten, den Einsamen, den Armen, den Kindern galt das Augenmerk der helfenden Gemeinde.

„Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört“ – mit diesem Satz spricht sich Jesus nicht für einen apolitischen Glauben aus. Im Gegenteil: Er ruft uns gerade dazu auf, uns für die Armen und Ausgegrenzten einzusetzen. Ein solcher Einsatz ist immer ein Einsatz für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl.

Auch Christen verlassen den Libanon, aber viele wollen auch bewusst bleiben. Hanna Rahme, Erzbischof der Diözese Baalbek Deir El-Ahmar, formuliert es so: „Wir sind doch als Christen hier, um Christus zu bezeugen, und nicht nur dafür da, uns um die Christen zu kümmern.“ Damit meint er: Christen haben den Auftrag, sich nicht nur um die eigene Klientel zu kümmern, sondern allen Menschen im Land beizustehen. Eine wichtige und mutige Botschaft – nicht nur für den Libanon! Christen wie er, die Menschen in St. Maron sind so Licht der Welt und Salz der Erde im Nahen Osten.

*Pfarrer Dirk Bingener
Präsident von missio Aachen*